



BGA

Bundesverband
Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V.



HDE

Hauptverband des Deutschen Einzelhandels

information

Bildung

06 | 02. Juni 2009

Aus dem Inhalt

Ausbildung 2009: Die Lage im Frühjahr	2
Jeder fünfte Ausbildungsabsolvent wird erst einmal arbeitslos - Vier von Fünfen aber nicht	3
Durchlässigkeit von beruflicher zur akademischen Bildung erhöhen	4
Bildung: Teures Sparen!	5
Medienbildung ist unverzichtbar	6
EU: Ausbau der Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung	8
Erprobung des DQR hat begonnen	10
Bildungsfinanzierung und Grundgesetz: Föderalismusreform II	11
Termine	12



Ausbildung 2009: Die Lage im Frühjahr

Die aktuelle Wirtschaftskrise schlägt derzeit nicht auf den Ausbildungsmarkt durch; die Unternehmen zeigen ein sehr robustes Angebotsverhalten; die Vermittlungschancen für die Bewerber sind nicht schlechter als im vergangenen Jahr.

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) vermeldet: „Nach den Daten der BA zeigt sich im laufenden Berufsberatungsjahr noch kein klares Bild am Ausbildungsstellenmarkt: Von Oktober 2008 bis Mai 2009 wurden der Ausbildungsvermittlung insgesamt 371.700 Ausbildungsstellen gemeldet, 31.000 weniger als im Vorjahreszeitraum, aber immer noch mehr als zur Boomphase im Mai 2007. Der Rückgang geht sowohl auf betriebliche (-20.500 auf 356.800) als auch außerbetriebliche (-10.400 auf 14.900) Ausbildungsplätze zurück. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat bis Ende April 2009 insgesamt 78.400 neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse registriert. Das sind etwa so viele wie zum Vorjahreszeitpunkt. Im Bereich des DIHK wurden 2008 60 Prozent aller Ausbildungsverträge abgeschlossen. Zugleich haben 442.600 Bewerber die Ausbildungsvermittlung bei der Suche nach einer Lehrstelle eingeschaltet, 73.500 weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Bewerber nimmt nun schon im dritten Jahr in Folge ab. Dies ist vor allem auf die sinkende Zahl von Schulabgängern zurückzuführen. Daneben zeigt sich auch ein Trend der Jugendlichen zu höheren Schulabschlüssen, der sich offenbar durch die sich verschlechternde wirtschaftliche Lage noch verstärkt. Weitere Einflussfaktoren sind die verstärkten Bemühungen der BA um die so genannten Altbewerber in den vergangenen Jahren sowie die Ausweitung von Maßnahmen zur vertieften Berufsorientierung, die Jugendliche und Ausbildungsbetriebe früher zusammen bringen. Die Zahl der noch unbesetzten Ausbildungsstellen lag im Mai mit 156.400 um 13.500 unter dem Vorjahreswert. Als noch unversorgt zählten im Mai 230.100 Bewerber, 29.500 weniger als vor einem Jahr. Für eine fundierte Einschätzung zur Entwicklung auf dem Ausbildungsstellenmarkt ist es noch zu früh. So bleibt abzuwarten, ob der aktuell beobachtete Rückgang bei Bewerbern und Ausbildungsplätzen in den kommenden Monaten anhält oder ob Jugendliche und Ausbildungsbetriebe die Ausbildungsvermittlung später einschalten werden.“

In den Handelsberufen zeigen sich folgende Entwicklungen:

- Kaufleute im Einzelhandel: Im Westen leichte und unterdurchschnittlicher Rückgang beim Angebot (-5,5 %) bei mit -9 % stärker sinkender Nachfrage; im Osten gehen sowohl Nachfrage (-20 %) als auch Angebot (-13 %) stärker zurück.
- Verkäufer/innen: Im Westen steigt das Angebot um 5,5 %, während die Nachfrage um 7 % sinkt; im Osten sinken Angebot (-21,7 %) und Nachfrage (-15,6 %) stärker.



- Kaufleute im Groß- und Außenhandel: Bei rückläufigem Angebot (-11,0 %) steigende Nachfrage im Westen (4,8 %); im Osten gehen sowohl Angebot (-18,6 %) als auch Nachfrage (-17,2 %) zurück. Das Angebot ist aber weiterhin größer als die Nachfrage.

Jeder fünfte Ausbildungsabsolvent wird erst einmal arbeitslos - Vier von Fünfen aber nicht

Das duale System sichert weiterhin am besten den Übergang von der Schule über eine zukunftsfähige Ausbildung in Beschäftigung auf Fachkräfteniveau und ermöglicht vielen Auszubildenden den Startpunkt für die berufliche Karriere. Dennoch: Auch an der Schnittstelle Ausbildung – Beschäftigung gibt es Arbeitslosigkeit in nennenswerter Größenordnung.

Jeder fünfte Ausbildungsabsolvent wird erst einmal arbeitslos, meldete kürzlich das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aufgrund der Auswertung von Langfristdaten: In den letzten 15 Jahren wurde danach im Schnitt fast jeder fünfte westdeutsche Absolvent nach der Ausbildung zunächst arbeitslos. In Krisenzeiten waren es bis zu 22 %. Gut sechs von zehn westdeutschen Ausbildungsabsolventen wurden von ihren Ausbildungsbetrieben übernommen. Ein knappes Fünftel der Absolventen verließ zwar den Ausbildungsbetrieb, fand jedoch direkt im Anschluss eine andere Stelle.

Den zunächst arbeitslosen Ausbildungsabsolventen gelang in der Regel innerhalb von drei Monaten ihr Berufseinstieg bei einem anderen Arbeitgeber, Arbeitslosigkeit musste nur zu Übergangszwecken verkraftet werden. In wirtschaftlich angespannten Zeiten häuften sich laut IAB-Kurzbericht 10/2009 jedoch auch Arbeitslosigkeitsphasen von vier und mehr Monaten. So waren im Jahr 2004 11 % der Ausbildungsabsolventen bis zu drei Monate arbeitslos und 9 % mindestens vier Monate. Mit längerer Arbeitslosigkeit wird es immer schwieriger, noch eine Stelle im erlernten Beruf zu bekommen: Etwa die Hälfte der Ausbildungsabsolventen, die erst nach mindestens viermonatiger Arbeitslosigkeit eine Stelle fanden, wechselte dabei das Berufsfeld.

Wer nach der Ausbildung zunächst arbeitslos wurde, verdiente bei der ersten Stelle durchschnittlich rund 20 % weniger als die von ihren Ausbildungsbetrieben übernommenen Absolventen. Wer ohne arbeitslos zu werden unmittelbar nach der Ausbildung den Betrieb wechselte, verdiente dagegen in der Regel sogar mehr als die übernommenen Absolventen.

Schwierig bleibt es zudem für Schulabgänger ohne Abschluss: Sie sind nach wie vor zu rund 8 % unter allen Schulabsolventen vertreten, unter den Auszubildenden bilden sie aber eine verschwindend geringe Minderheit. Und: Hauptschulabsolventen brauchen länger als früher, um einen Ausbildungsvertrag zu ergattern. Wenn sie es aber geschafft haben, können sie sich gut im Ausbildungssystem behaupten. Dies erleben auch



viele Händler, denn der Handel bildet überdurchschnittlich viele Hauptschulabsolventen aus.

Das IAB benennt als „Probleme des dualen Systems“ zusammenfassend: Integrationsprobleme von Schwächeren und Schwierigkeiten von Absolventen beim Berufseinstieg. Ob es sich dabei aber um „Probleme des dualen Systems“ handelt, wird hier doch heftig bestritten: Probleme aus der vorberuflichen Sozialisation und Erziehung können schlecht dem aufnehmendem System angelastet werden, das seine eigenen Qualitätsansprüche hat und haben muss. Und: Ein Ausbildungssystem, das in das Beschäftigungssystem integriert ist, hängt in gewisser Weise auch von den Beschäftigungsschwankungen dieses Systems ab – aber doch weit geringer als vollschulische Ausbildungssysteme, die kaum Anknüpfungspunkte zum Beschäftigungssystem haben.

Das IAB blickt auch auf 2009: Die Zahl der Ausbildungsplätze werde 2009 aufgrund der Wirtschaftskrise sinken, und zwar erheblich. Da die Schulabgängerzahlen jedoch zumindest in Ostdeutschland weiter sinken, sei nicht zwangsläufig eine neuerliche Ausbildungslücke in größerem Umfang zu erwarten.

(www.iab.de)

Durchlässigkeit von beruflicher zur akademischen Bildung erhöhen

BMBF-Staatsekretär Andreas Storm sagt es unmissverständlich: Berufliche Kompetenzen müssen für das Studium anerkannt werden!

"Abschlüsse müssen zu Anschlüssen führen, und kein Abschluss darf eine Sackgasse werden. Unser Motto lautet ‚Aufstieg durch Bildung‘. Deshalb müssen berufliche Qualifikationen für Studiengänge anerkannt werden. Nur so schaffen wir eine Durchlässigkeit von der beruflichen zur akademischen Bildung", sagte Andreas Storm, Parlamentarischer Staatssekretär im BMBF auf der Fachtagung "Anrechnung beruflicher Kompetenzen auf Hochschulstudiengänge" (ANKOM). Dabei wurden die Ergebnisse der gleichnamigen Initiative des BMBF vorgestellt.

Die elf regionale Entwicklungsprojekte umfassende Initiative verfolgt das Ziel, Bildungswege zu öffnen und durchlässiger zu gestalten. Storm: "Gleichwertige berufliche Qualifikationen sollen von den Hochschulen auf die Studienleistung angerechnet werden. Unsere Initiative hat dazu geführt, dass bereits zehn Hochschulen ein Verfahren für die Anrechnung beruflicher Kompetenzen eingeführt haben. Somit können Bachelor-Studiengänge von Studierenden, die bereits einen Beruf erlernt haben, schneller abgeschlossen werden. Damit wird der Hochschulzugang für erfolgreiche Absolventen des beruflichen Bildungssystems wesentlich attraktiver."



So erhalten beispielsweise Erzieher an der Alice-Salomon Fachhochschule Berlin beim Bachelor-Studiengang "Erziehung und Bildung im Kindesalter" bei Aufnahme des Studiums 90 von erforderlichen 210 Leistungspunkten. "Das sind bereits 43 % der benötigten Punkte, die zu einem erfolgreichen Abschluss führen", sagte Storm. Und noch ein Beispiel: Wer eine kaufmännische Fortbildung hat, kann an der Universität Oldenburg den Bachelor-Studiengang "Business Administration", für den 180 Leistungspunkte erreicht werden müssen, mit bis zu 64 Punkten starten. "Unser Ziel ist klar: Wir wollen den Anrechnungsgedanken bei Praktikern und Entscheidungsträgern im Bildungssystem, in der Wirtschaft und in der Bildungspolitik verankern. Mit dieser Initiative und der heutigen Fachtagung sind wir dem Ziel ein großes Stück nähergekommen", betonte Storm.

Der Handel stützt diese Entwicklung mit Nachdruck: Die Anrechnung von Qualifikationen aus der beruflichen Bildung auf ein Studium muss deutlich verbessert werden; es kann nicht nur bei der bislang vereinbarten Erleichterung bei der Zulassung zum Hochschulstudium für Berufspraktiker bleiben.

Die Veranstaltung wird auf der Projektseite www.ankom.de dokumentiert. Hier gibt es auch weitere Informationen zu den geförderten Projekten.

Bildung: Teures Sparen!

Bildung wird zentrales Handlungs- und Forschungsfeld für die Bertelsmann-Stiftung. Ein Ziel ist zu dokumentieren, wie teuer es kommt, wenn bei der Bildung gespart wird.

Die Bertelsmann Stiftung wird sich noch stärker als bisher auf das Thema Bildung konzentrieren. Die größte Herausforderung für das Bildungssystem der Zukunft liege in der wachsenden Heterogenität der Bevölkerung und in den Veränderungen durch den demographischen Wandel. "Wir wollen mit Fakten belegen, wie teuer es ist, bei der Bildung zu sparen", sagte Stiftungsvorstand Thielen.

Die Stiftung legte daher auch „Zehn bildungspolitische Thesen“ vor:

„1) Ein modernes Bildungssystem muss dem Anspruch genügen, gleichzeitig das Leistungsniveau zu heben und Benachteiligungen infolge von sozialer und ethnischer Herkunft auszugleichen.

2) Die größte Herausforderung für das deutsche Bildungssystem ist die wachsende Unterschiedlichkeit der Bevölkerung. Heterogenität ist im Einwanderungsland Deutschland heute Normalität. Der richtige Umgang mit Vielfalt darf jedoch nicht zur Beliebigkeit des Qualitätsniveaus führen, das Schüler erreichen sollen: Wir brauchen vielmehr verlässliche (Mindest-)Standards und anschlussfähige Bildungsabschlüsse.

3) Ein modernes Bildungssystem fördert das Potential jedes Kindes und unterstützt individuelles Lernen, denn jeder Schüler lernt anders und hat andere Vor-



aussetzungen. Nur durch individualisiertes Lernen kann es gelingen, dass alle Schüler ein klar definiertes ganzheitliches Bildungsziel erreichen. Individuelles Lernen bedingt aber auch ein verändertes Verständnis des Lehrerbildes. Lehrer müssen die Rolle des individuellen Lernbegleiters übernehmen.

4) Gerade in sozialen Brennpunkten bedeutet Bildung in heutiger Zeit, neben Wissen auch soziale Kompetenzen erfolgreich zu vermitteln. Daher darf es keine Grenzen zwischen den Orten des formalen und informellen Lernens mehr geben. Ein modernes Bildungssystem braucht verlässliche Kooperationsbeziehungen zwischen Bildungseinrichtungen und außerschulischen Partnern.

5) Die Bildungsreform in Deutschland ist Jahrzehnte lang durch eine ideologisch geführte Strukturdebatte gehemmt worden. Aber Strukturfragen müssen den inhaltlichen Fragen untergeordnet werden, wenn wir den anstehenden Herausforderungen gerecht werden wollen.

6) Zusätzliche finanzielle Mittel müssen im Bildungssystem dort eingesetzt werden, wo die Herausforderungen am größten sind.

7) Es gibt weltweit herausragende Beispiele leistungsfähiger und fairer Bildungssysteme. Auch in unserem Land gibt es bereits viele gute Beispiele für moderne, zukunftsorientierte Bildungseinrichtungen und Schulen. Die guten Beispiele müssen sich jetzt in der Fläche durchsetzen.

8) Die Grundlagen für erfolgreiches Lernen werden bereits vor der Schule gelegt. Deshalb muss die Gesellschaft allen Kindern frühe Teilhabe an guter Bildung ermöglichen und gezielter in die frühkindliche Bildung investieren.

9) Schulen sind heute soziale Orte und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Insbesondere in sozialen Brennpunkten ist es Aufgabe der Schulen, die Familien der Schüler in den Lernprozess mit einzubeziehen und Hilfe bei der Integration gerade für Migrantenfamilien und sozial schwache Familien zu leisten.

10) Um jungen Menschen eine Perspektive zu eröffnen, müssen wir ihnen eine zukunftsorientierte Berufsausbildung garantieren. Jeder wird gebraucht, kein Talent darf verkümmern. Daher müssen wir die Übergänge von der Schule in den Beruf erleichtern.“

Medienbildung ist unverzichtbar

Wie wollen angesichts der Digitalisierung von Arbeit und Freizeit Menschen und Gesellschaft vorankommen? Sie benötigen Medienbildung.

Bundesbildungsministerin Annette Schavan stellte die Studie "Kompetenzen in einer digital geprägten Kultur" vor und betonte: "Digitale Medien sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Wir brauchen sie als Informationsquelle, als Kommunikationshilfe und für unser alltägliches Tun und Handeln. Es kommt nun darauf an, allen Menschen Medienbil-



derung zu ermöglichen. Medienbildung wird in dem Bericht als unverzichtbarer Baustein für die Persönlichkeitsentwicklung, die gesellschaftliche Teilhabe und die Beschäftigungsfähigkeit verstanden. "Medienbildung muss als Querschnittsaufgabe in unser Bildungssystem integriert werden. Wir können Kinder und Jugendliche nicht für die Welt von morgen mit Arbeitstechniken von gestern ausbilden", sagte Schavan.

Die Entwicklung des Internet zu einem weltweiten Medium, die steigende Informationsflut und die Weiterentwicklung von Suchmaschinen, die Möglichkeiten der Visualisierung, die Anwendungen im Bereich Web 2.0, die neuen Formen von Online-Computerspielen und weitere Entwicklungen haben eine Fülle von Fragen aufgeworfen, die heute im Zusammenhang mit dem Urheberrecht, dem Jugendmedienschutz, dem Persönlichkeitsschutz, mit den Fragen des Vertrauens und der Verantwortung im Netz, mit Suchtverhalten, mit e-Learning und kooperativen Arbeitsformen sowie mit den strukturellen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert werden. Eine Quintessenz aller dieser Diskussionen ist die Forderung nach dem urteilsfähigen, kompetenten Nutzer.

Welche Kompetenzen notwendig sind, will der von Wissenschaftlern und Berufspraktikern erarbeitete Bericht zeigen. Er soll einen Orientierungsrahmen für die Medienbildung geben, an dem sich die vielen Initiativen zur Medienkompetenz messen lassen. Insgesamt ordnen die Verfasser der Studie der Medienkompetenz vier Themenfelder zu:

- Information und Wissen
- Kommunikation und Kooperation
- Identitätssuche und Orientierung
- Digitale Wirklichkeit und produktives Handeln

Der Bericht schließt mit der Forderung an Bund und Länder, die Medienbildung innerhalb ihrer Zuständigkeiten voranzubringen. Der Bund wird gesondert aufgefordert, mit einer Initiative zur Medienbildung in der Ausbildung zusammen mit den Sozialpartnern ein Signal zu setzen, auf das Initiativen der Länder oder Initiativen Dritter folgen sollten. Schavan: "Das Internet hat sich zu einer Form von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturraum entwickelt. Hier Orientierung zu vermitteln, ist staatlicher Bildungsauftrag. Der Bericht ist ein hervorragender Leitfaden für die Ausgestaltung der Medienbildung. Ich werde die Vorschläge der Experten gerne aufgreifen und zusammen mit den Sozialpartnern eine Initiative zur Medienbildung in der Ausbildung ins Leben rufen." Der Bericht der Expertenkommission ist unter http://www.bmbf.de/pub/kompetenzen_in_digital_kultur.pdf abrufbar.

Dies ist alles richtig und notwendig. An der Umsetzung in die Praxis wird auch im Handel gearbeitet. Nicht immer ist es ganz einfach, die notwendige Aufgeschlossenheit bei Ausbildern, Personalentwicklern, Trainern, Berufsschullehrern zu erzielen und vor allem ihre Kompetenzen im Umgang und zur Nutzung digitaler Medien in Aus- und Weiterbildungsprozessen weiter zu entwickeln; nicht immer ist es so ganz reibungslos möglich, die notwendige technische und räumliche Infrastruktur in den Unternehmen aufzubauen und zu verbessern - Es führt aber auch im Handel



kein Weg daran vorbei: Aus- und Weiterbildung werden verstärkt digitale Medien nutzen, Konzepte des Blended Learning werden ausgeweitet und in die Bildungspraxis integriert.

Klar ist auch, dass der zunehmende Qualifizierungsbedarf nicht nur in der Arbeitszeit, sondern auch in der Freizeit abgedeckt werden muss. Projekte wie das von der Zentralstelle für Berufsbildung im Handel (zbb) gesteuerte „Flexible Learning im Einzelhandel“ (www.flexible-learning.de), die Lernarrangements für die Ausbildung im Einzelhandel (www.christiani.de), die Aufstiegsfortbildung zum Handelsfachwirt und zum Handelsassistent-Einzelhandel in E-Learning-Varianten (etwa von den Bildungszentren des Handels in Bayern, Niedersachsen und Hessen/Thüringen durchgeführt), die Lernprogramme www.eucoco.eu, das Warenkundeportal der zbb www.warenkunde-handel.de – derzeit noch begrenzt auf den Bereich „Alles rund ums Bad“ - usw.: sind sehr gute Beispiele für die konzeptionelle und methodische Modernisierung der Aus- und Weiterbildung im Handel, die weite Verbreitung in der Bildungspraxis und Nachfolger finden müssen.

EU: Ausbau der Zusammenarbeit in der allgemeinen und beruflichen Bildung

Der Europäische Bildungsraum soll kommen, wenn er nicht schon da ist. Auch muss jedes Mitgliedsland der EU daran arbeiten, sein Bildungssystem leistungsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen. Dies gilt auch für Deutschland. EU-Kommission und Europäischer Rat haben Zielgrößen festgelegt und mit Blick auf 2020 und unbestreitbaren Nachholbedarf in Teilbereichen aktualisiert.

Der Europäische Rat hatte einen neuen strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei der Reform ihrer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung angenommen. Dies wertet die EU-Kommission als „wichtiges Signal in der derzeitigen Wirtschaftskrise, in der gemeinsame Herausforderungen, wie Qualifikationsdefizite, alternde Gesellschaften und harter globaler Wettbewerb, gemeinsame Antworten und den Erfahrungsaustausch zwischen den Ländern erfordern. In den Schlussfolgerungen des Rates werden sowohl direkte Prioritäten für 2009-2011 als auch langfristige Zielsetzungen für das kommende Jahrzehnt festgehalten. Das entsprechende Instrumentarium umfasst neue Benchmarks zur Beobachtung des Fortschritts bei der allgemeinen und beruflichen Bildung in ganz Europa.

Reformen der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa müssen darauf ausgerichtet werden,

- die Menschen besser auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten und auch den Unternehmen bei der Suche nach Mitarbeitern helfen zu können, die sie angesichts des globalen Wettbewerbs für Erfolg und Innovation brauchen.



- Qualität und Effizienz einen hohen Stellenwert beizumessen, denn es gehe auch darum, die soziale Eingliederung zu fördern sowie verantwortungsvolle Unionsbürgerschaft und Offenheit gegenüber anderen Kulturen zu entwickeln.

Dazu muss lebenslanges Lernen in ganz Europa zur Realität werden, damit die Menschen Schlüsselkompetenzen früh erwerben und sie dann ein Leben lang auffrischen können, meint EU-Bildungskommissar Figel.

Die relevanten Dokumente, die neben der neuen Zielsetzung auch Fortschritte und Misserfolge bei den bisherigen Arbeiten an der Verbesserung der Bildungssysteme beschreiben sind verfügbar unter

- http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28_de.htm und
- <http://ue.eu.int/App/newsroom/loadbook.aspx?BID=92&LANG=de&cmsid=357>

Ein Beispiel: Innovation und Kreativität (einschließlich unternehmerischen Denkens) sollen als „Schlüsselfaktoren für die Entwicklung von Unternehmen“ auf allen Ebenen der allgemeinen und beruflichen Bildung gefördert werden. Und als Schwerpunkt der Zusammenarbeit zwischen Mitgliedstaaten und Kommission werden „innovationsfreudige Bildungseinrichtungen“ (Entwicklung spezifischer Lehr- und Lernmethoden, Einsatz von IKT-Tools auch in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte) sowie Partnerschaften zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen benannt.

Die neuen EU-Benchmarks für 2020 lauten:

- Schulabbrecher (18-24 Jahre): 10,0 % (Ist 2007: 14,8 %; bisheriges Ziel 2010: 10,0 %)
- Schüler mit schlechten Leistungen bei den Grundkompetenzen (Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften) (15-Jährige): 15,0 %; bisheriges Ziel für 2010 „mangelhafte Lesekompetenz (15 Jahre): 20,0 % (Ist 2006: 24,1%)
- Erwerb von Hochschulabschlüssen (30-34-Jährige): 40,0 % (bisheriges Ziel von 15,0 % Hochschulabsolventen in MINT-Fächern bereits 2005 mit 26,0 % übertroffen)
- Vorschulbildung (zwischen 4 Jahren und gesetzlichem Einschulalter): 95,0 %
- Beteiligung Erwachsener (insbesondere mit niedrigem Ausbildungsstand) am lebenslangen Lernen (25-64-Jährige): 15,0 %; bisheriges Ziel 2010: 12,5 %, Ist 2007: 9,7 %



Erprobung des DQR hat begonnen

Seit Anfang März 2009 liegt der Entwurf des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) vor. Nun beginnt die Phase II: Die Erprobung des DQR.

Was bedeutet Erprobung? Und warum muss er erprobt werden? Auch wenn Experten an der Erarbeitung des DQR-Entwurfs (siehe www.deutscherqualifikationsrahmen.de) beteiligt waren (und sind): Der DQR bietet eine Neuorientierung und neuartige Betrachtungsweise von Qualifikationen und Kompetenzen, indem er den Schwerpunkt auf eine outcomeorientierte Darstellung und niveaumäßige Differenzierung und Graduierung von Kompetenzdimensionen legt. Diese ist dem deutschen Bildungssystem, das sich traditionellerweise Inputfaktoren wie Curricula und auf bildungswegsspezifische Prüfungen stützt, noch weitgehend fremd. Neuland wurde betreten; und der Europäische Qualifikationsrahmen (EQR), der ein wesentliches Bezugssystem für den DQR bildet, bot auch nicht durchgängig eine Hilfe. Denn der EQR unterscheidet zwar Knowledge und Skills (Wissen und Fertigkeiten), er verwendet aber einen reduzierten Begriff der Kompetenz, in dem er diese auf Verantwortung und Autonomie begrenzt. Kompetenz wird im deutschen Bildungssystem, insbesondere in der beruflichen Bildung deutlich umfassender verstanden – als Handlungskompetenz. Und so wurde Handlungskompetenz – differenziert in Fachkompetenz (Wissen und Fertigkeiten) und Personale Kompetenz (Sozialkompetenz und Selbstkompetenz) – der Leitbegriff für den DQR-Entwurf. Acht Niveaustufen wurden definiert, zentrale Begriffe in einem Glossar konkretisiert. Entstanden ist ein guter Entwurf, notwendigerweise sehr abstrakt und komplex formuliert.

Doch wie bringt man ein solch komplexes Gebilde, das Transparenz von Qualifikationen verbessern, Mobilität – auch international – erhöhen soll, Durchlässigkeit im deutschen Bildungssystem befördern soll, letztlich auch einen zentralen Beitrag zur Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung leisten soll, wie setzt man ein solches Instrumentarium in die Praxis um? Man erprobt zunächst seine Tauglichkeit, Verstehbarkeit, Anwendbarkeit auf konkrete Bereiche des Bildungs- und Beschäftigungssystems.

Die Erprobungsphase erstreckt sich auf die Bereiche Handel, Metall/Elektro, Gesundheit und IT. Zunächst werden Qualifikationen (Abschlüsse) des deutschen Bildungssystems exemplarisch zugeordnet (Ergebnisse informeller Lernprozesse werden zu einem späteren Zeitpunkt aufgegriffen). Dabei soll geprüft werden, inwieweit die Terminologie des DQR, die Begrifflichkeit, die Graduierung der Kompetenzdimensionen anwendbar ist und wo ggf. Modifizierungen notwendig sind. Einbezogen werden Abschlüsse aus den verschiedenen Bildungsbereichen (Allgemeinbildung, schulische Berufsbildung, duale Ausbildung, Fortbildung, Weiterbildung, Studium), die möglichst alle acht Niveaustufen des DQR umfassen. Die Erprobungsarbeit wird in vier Facharbeitsgruppen geleistet (der HDE ist involviert); Ergebnisse und Empfehlungen sollen bis Ende Januar 2010 vorgelegt werden. Damit befassen sich dann Bund-Länder-



AK DQR und AK DQR, um Rückwirkungen auf den vorliegenden DQR-Entwurf zu beraten. Ziel bleibt: Bis 2010 sollen die Nationalen Qualifikationssysteme in Relation zum EQR gesetzt werden; bis 2012 sollen alle neuen Qualifikationsbescheinigungen mit einem Verweis auf den EQR ausgestattet sein.

Bildungsfinanzierung und Grundgesetz: Föderalismusreform II

Experten fordern die Abschaffung des Kooperationsverbots von Bund und Ländern im Grundgesetz.

„Hib – heute im Bundestag“ vermeldete nach einer Anhörung im Bundestagsausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich sollte nach Meinung von Experten abgeschafft werden. Ein Großteil der Experten habe sich dafür ausgesprochen, dass der Bund Angebote im Bildungsbereich in Zukunft mitfinanzieren darf. Die vorgesehene Gesetzesänderung durch die Föderalismusreform II (16/12410, 16/12400), derzufolge der Staat in Notlagen Geld für Kindergärten, Schulen und Universitäten bereitstellen können soll, ging einigen Experten aber nicht weit genug. Professor Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, sagte laut hib, er könne keine verlässliche Einschätzung geben, wie sich seit der Föderalismusreform I die Ausgaben im Hochschulbereich entwickelt haben. Er schätze jedoch, dass sie in den meisten Bundesländern zurückgegangen seien. Die vorgesehene Gesetzesänderung "geht in die richtige Richtung, führt aber nicht weit genug". Roman Jaich von der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft forderte, das Kooperationsverbot ganz zu streichen. "Bildung müsste im Grundgesetz als Gemeinschaftsaufgabe eingeführt werden", so Jaich. Laut Uwe Lübking vom Deutschen Städte- und Gemeindebund erhöhen die Entwürfe die Rechtssicherheit für das Konjunkturpaket II der Bundesregierung. Professor Ulrich Battis von der Humboldt-Universität Berlin zufolge haben sich bisher viele Experten für eine Finanzierung der Bildung durch Bund und Länder ausgesprochen. Er stimmte Lübking zu, dass das Konjunkturpaket II vorher "auf tönernen Füßen" gestanden habe. Deutet sich hier auch eine neue Debatte über die den Bildungsbereich wohl nicht so gut behandelnde Föderalismusreform I an? Die politische Realität neigt sich zu einem „Wohl eher nicht“.



Termine

15. Juni 2009

TIME 2009 – Wie meistert der Mittelstand die Krise?, Veranstalter: Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE), Ort: Berlin; Informationen und Anmeldung: www.einzelhandel.de

15. bis 17. Juni 2009

Sprachen & Beruf – 8. Konferenz für Fremdsprachen & Business Kommunikation in der internationalen Wirtschaft, Ort: Lindner Congress Hotel Düsseldorf, Information: www.sprachen-beruf.com

16. Juni 2009

Zukunftskongress 2009 – Märkte des Umbruchs, Ort: Frankfurt/Main, Information und Anmeldung unter http://www.zukunftsinstitut.de/veranstaltungen_zukunftskongress.php?

22. bis 24. September 2009

Zukunft Personal, 10. Fachmesse für Personalwesen, Ort: Messe Köln, Informationen: www.zukunft-personal.de

06. bis 10. März 2010

Didacta 2010 – Die Bildungsmesse, Ort: Köln, Informationen: www.didacta.de